



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

# Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

**Die Aktienkurse in der elektrischen Industrie.** Die lebhafteste Aufwärtsbewegung der Aktienkurse in der elektrischen Industrie, die im Oktober an der Berliner Börse eingetreten ist, lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf diesen Zweig unsers Gewerbefleißes. Die deutsche Elektrotechnik — vor allem dank den unvergeßlichen Leistungen Werners von Siemens — hat zu dem, was an dem Aufschwung unsers Wirtschaftslebens in den letzten fünf Jahren des vorigen Jahrhunderts gesund und dauernd war, einen so großen Teil beigetragen, daß sie trotz der schweren Krisis, von der die deutschen elektrischen Unternehmungen betroffen worden sind, mit vollem Recht auch heute noch der Stolz unsers Gewerbefleißes ist. Ein etwas anderes Bild bietet freilich die kaufmännische, die finanzielle, die spekulative Ausbeutung, die die Elektrotechnik in den letzten Jahren erfahren hat. „Großes“ ist auch auf diesem Gebiete geleistet worden, aber die Krisis hat gelehrt, daß es nicht durchweg auch gut war, und daß eine Wiederholung solcher „großer“ Leistungen der Elektrotechnik nicht zum Segen, der deutschen Volkswirtschaft aber wahrscheinlich zum Schaden gereichen würde.

Die folgende Übersicht gibt zunächst über das Aktienkapital von 14 bedeutenden Aktienunternehmungen der elektrischen Industrie und über die von ihnen verteilte letzte und vorletzte Dividende Auskunft. Auch die höchste Dividende seit 1897 ist angegeben.

	Aktienkapital 1902	Dividende		
		letzte	vorletzte	höchste seit 1897
		10 %	10 %	10 %
Akkumulatoren-Fabrik, Berlin-Hagen	6 200 000 Mark	10	10	10
Akkumulatoren-Fabrik Böse & Co.	4 500 000 „	0	4	11
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	60 000 000 „	?	8	15
Berliner Elektrizitäts-Werke	25 200 000 „	?	7 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	13
Cont. Ges. f. elektr. Untern., Nürnberg	32 000 000 „	0	0	7
Elektra, Dresden	4 500 000 „	1	1	4
Elektrisches Licht und Kraft, Berlin	30 000 000 „	3	5	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Gesellschaft f. elektr. Untern., Berlin	30 000 000 „	0	4	8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Hamburger Elektrizitäts-Werke	15 000 000 „	7	7	9
Lahmeyer & Co.	19 800 000 „	0	0	11
Mix & Genest	3 600 000 „	4	9	14
Schuckert	42 000 000 „	?	0	15
Siemens & Halske	54 500 000 „	?	4	10
Union, Berlin	24 000 000 „	?	4	12

Das Aktienkapital dieser 14 Gesellschaften macht also über 350 Millionen Mark aus. Das ist aber nur ein kleiner Teil des seit 1895 in der elektrischen Industrie angelegten Kapitals. In seiner von dem Verein für Sozialpolitik herausgegebenen Arbeit über diese Industrie in ihrem Verhältnis zur letzten Krisis (Band 107 der Schriften des Vereins) gibt Dr. Joseph Loewe an, daß bis zum Jahre 1895 bestanden: 32 Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von 156 Millionen Mark; dagegen 1900: 131 mit 891 Millionen. Aber auch diese Zahl reicht nicht an die Kapitalien heran, deren Anlage bis 1900 überhaupt veranlaßt worden ist. — Die letzten Dividenden sind bei fünf Gesellschaften noch nicht bekannt gemacht worden. Soweit die Zeitungen davon etwas wissen wollen, erwartet man bei ihnen so wenig eine Steigerung, wie sie bei den übrigen neun Gesellschaften zu ersehen ist. Gegen den höchsten Stand der Dividende seit 1897 zeigt sich meist ein gewaltiger Abfall.

Die Kursbewegungen der vierzehn Gesellschaften an der Berliner Börse seit Ende des zweiten Quartals 1903 gibt nachstehende Übersicht an.

	Kurse am Ende der Monate			Höchster Kurs seit 1897
	Juni 1903	September 1903	Oktober 1903	
Akkumulatoren-Fabrik, Berlin-Hagen	143,50	155,00	172,75	203,00 (1897)
Akkumulatoren-Fabrik Böse & Co.	37,50	45,10	52,00	177,00 (1898)
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	180,75	190,75	212,00	305,00 (1899)
Berliner Elektrizitäts-Werke	189,75	178,00	186,00	329,50 (1898)

	Kurse am Ende der Monate			Höchster Kurs seit 1897
	Juni 1903	September 1903	Oktober 1903	
Cont. Ges. für elektr. Untern., Nürnberg	60,00	59,00	75,00	156,50 (1898)
Elektra, Dresden	51,75	51,75	59,75	120,80 (1899)
Elektrisches Licht und Kraft, Berlin	102,00	104,90	110,75	139,70 (1899)
Gesellschaft f. elektr. Untern., Berlin	86,00	87,75	105,00	185,00 (1898)
Hamburger Elektrizitäts-Werke	148,00	142,10	147,00	181,75 (1899)
Lahmeyer & Co.	82,80	84,25	93,00	179,75 (1899)
Mix & Genest	143,75	143,10	151,10	213,00 (1899)
Schuckert	92,50	95,50	112,50	288,00 (1897)
Siemens & Halske	128,00	128,50	140,00	199,25 (1899)
Union, Berlin	117,00	122,00	136,00	179,50 (1899)

Der sehr mäßigen Kursbewegung im 3. Quartal ist im Oktober eine Hausse gefolgt. Triftige Gründe, die auf erhöhter Rentabilität beruhten, sucht man dafür in den von den Zeitungen alle Tage an mehreren Stellen gebrachten Berichten vergeblich. Daß die auf diesem Gebiet besonders schnell voraneilende Vertrustung durch die vielgerühmten Ersparungen von Betriebsunkosten und die Vernichtung der schwächern Konkurrenten die Stunden der spekulativen, zum Teil mit außerordentlichem Geschick auf Agiogewinne ausgehenden Gründertätigkeit der letzten fünf Aufschwungsjahre auch nur zum Teil wett machen wird, kann man nicht annehmen. Der schon erwähnte Aufsatz von Joseph Loewe zeigt, wie die Spekulation gerade hier Geld zu machen verstanden hat, und man darf wohl erwarten, daß sie es auch in Zukunft ebensogut versteht wird. Die oben mitgeteilten höchsten Kurse seit 1897 geben aber auch wenigstens eine Ahnung, mit welchen Verlusten des mit Aktien beteiligten großen Publikums die mehr als fürstlichen Reichtümer bezahlt worden sind, die die kleine Zahl führender Finanzgenies in wenig Jahren gewonnen hat. Gewiß ist durch diese Spekulation auch die deutsche Elektrotechnik „befruchtet“, d. h. zu rastlosem Bemühen um neue Erfindungen und Vervollkommnungen angefeuert worden. Gewiß wird sich auch die *Auri sacra fames* der Haute finance beeifern, die deutsche Ingenieurkunst nach der Krisis erst recht zu den größten Anstrengungen anzutreiben. Aber besser wäre es doch, wenn unsre elektrische Industrie nicht so mit Haut und Haar der Spekulation verschrieben wäre, wie sie es ist. Aber auch so wollen wir uns der zweifellos großen Zukunft unsrer Elektrotechnik freuen.

**Getreidemindestzölle und Handelsverträge.** Es ist seinerzeit in den Grenzboten gegen die gesetzliche oder parlamentarische Festlegung der Mindestzölle für die vier Hauptgetreidearten angekämpft worden, nachdem die verbündeten Regierungen das Versprechen gegeben hatten, der deutschen Landwirtschaft bei der Vereinbarung neuer Handelsverträge einen höhern Notstandzoll zu gewähren. Auch ist wiederholt auf die Tatsache hingewiesen worden, daß das Prinzip des Doppeltarifs in der Praxis meist durchbrochen, d. h. beim Abschluß von Handelsverträgen doch unter den Minimalatz hinuntergegangen worden ist, weil man sonst überhaupt nicht zu Verträgen gekommen wäre. Aber ebenso bestimmt haben wir immer die Ansicht vertreten, daß die Regierungen selbstverständlich das den Landwirten gegebene Versprechen halten müßten, wenn nicht eine dauernde Hebung der Getreidepreise die Voraussetzung, unter der das Versprechen gegeben worden sei, aufhabe, wozu vorläufig gar keine Aussicht vorhanden ist, was auch von keiner Seite behauptet wird. Dieses Versprechen steht hoch über den formellen parlamentarischen Beschlüssen und könnte auch nicht durch einen Kabinettswechsel — wenn man im Reich von einem solchen überhaupt sprechen wollte — außer Kraft gesetzt werden. Die parlamentarische Festlegung der Mindestzölle in der von den Regierungen selbst vorgeschlagenen Höhe ist etwas anders. Sie könnte durch übereinstimmenden Beschluß des Bundesrats und des Reichstags ohne weiteres modifiziert werden, falls die Verträge es nötig machten, die vorbehaltlich dieser Beschlußfassung vom Kaiser vereinbart werden. — Unter welchen Voraussetzungen der Bundesrat und der Reichstag dafür zu haben wären, darüber sich jetzt den Kopf zu zerbrechen, hätte keinen Sinn. Sie müßten jedenfalls von ganz außerordentlicher Bedeutung sein. Tatsächlich ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß sie eintreten, und daß neue Handelsverträge mit vier Mindestzollsätzen nicht glatt vereinbart werden könnten. Wenn sich einige freihändlerische Blätter in Deutschland darin gefallen, den Lesern vorzureden, daß das Ausland die Erhöhung der Getreidezölle nicht auf das gesetzlich im neuen Zoll-

tarif festgelegte Minimalmaß zugestehn könne, sondern lieber keine Verträge schließen werde, so mögen sie dabei zwar nicht die Absicht haben, dem Vaterlande zugunsten des Auslandes zu schaden, aber sie handeln jedenfalls politisch unanständig und töricht. Sie erschweren unsern Unterhändlern das Geschäft und veranlassen die Ausländer, mit ihren Zugeständnissen, die zumeist Industrieerzeugnisse betreffen, doppelt zurückzuhalten. Ganz unverständlich ist vollends die Spekulation darauf, daß wenn neue Verträge nicht zustande kämen, die alten einfach verlängert, also überhaupt keine Getreidezollerhöhungen eintreten würden. Dem steht das von den Regierungen gegebne Versprechen schroff entgegen.

Daß neuen Verträgen, die die Mindestzölle respektieren, der Reichstag nicht zustimmen werde, glauben wohl auch die extremen Agrarier nicht mehr, so ungebärdig sie sich auch noch stellen. Die Gegner jeder Getreidezollerhöhung wissen ebensogut, daß sie im Reichstage niemals die Mehrheit haben werden. Wenn sie trotzdem noch von der Möglichkeit reden, daß Verträge mit den Mindestzöllen nicht vom Reichstag beschlossen werden könnten, so rechnen sie allein auf die Verhinderung einer verfassungsmäßigen Beschlußfassung durch eine verfassungswidrige Obstruktion bei den Sozialdemokraten. Es wäre zu wünschen, daß die freihändlerischen, nicht sozialdemokratischen Blätter und Parteimänner so ehrlich wären, das auch offen zuzugeben. Sie gehn zum Teil noch darum herum, wie die Katze um den heißen Brei, weil sie sich schämen. Und schämen müssen sich liberale Politiker in der Tat, wenn sie der von der Sozialdemokratie schon angekündigten Obstruktion das Wort reden. Diese Obstruktion wird das verhängnisvollste und frivolste Attentat gegen den Konstitutionalismus und unsern verfassungsmäßigen Parlamentarismus sein, der sich denken läßt, und sie würde ihn, wenn sie erfolgreich wäre, auf die Stufe der österreichischen Zustände hinabdrücken. Das liegt doch auf der Hand für jeden, der nachdenkt, und eben deshalb werden die Sozialdemokraten obstruieren. Glauben denn die liberalen Obstruktionsfreunde, daß der Reichstag, das deutsche Volk und seine Regierungen es dahin kommen lassen könnten? Wollen sie dem Auslande weismachen, daß das möglich wäre? Das Ausland kennt die deutschen Verhältnisse doch wohl zu gut, als daß es solchen Unsinn glauben sollte. Und glaubt ein gebildeter Liberaler wirklich, daß die Erhöhung der Getreidezölle auf das im Zolltarif angenommene Mindestmaß, oder gar jede Erhöhung praktisch von so schwer schädigenden Folgen sein werde, daß sie das Heraufbeschwören einer solchen Krisis verlohnte, wie sie eine erfolgreiche Obstruktion der Sozialdemokraten sicher heraufbeschwören würde? Wenn die liberalen Freihändler es fertig brächten, daß eine nichtagrarische, nicht schutzzöllnerische, liberale, aber auch nicht sozialdemokratische Mehrheit in den Reichstag gewählt würde, so könnten sie sich dazu Glück wünschen; aber wenn sie die verfassungsmäßige Beschlußfassung durch die vom Volk in den Reichstag gewählte überaus starke Majorität durch die sozialdemokratische Obstruktion gewaltsam verhindern sollten, so müßten sie ihr Haupt für immer verhüllen, denn dann hätten sie den Liberalismus selbst geschändet. Das sollten sich auch endlich unsre gebildeten Kaufleute sagen, die zur liberalen Fahne schwören. Sie sind doch sonst imstande, das Risiko nach allen Seiten einzuschätzen, da müssen sie doch auch einschen, was bei einer erfolgreichen Obstruktion zu riskieren ist, und was bei den Mindestzöllen. Und darüber können sie doch auch nicht zweifelhaft sein, daß der deutsche Liberalismus jetzt höhere Aufgaben hat, als sich durch das Bündnis mit den Sozialdemokraten zur Obstruktion gegen die Mindestzölle einem so halsbrecherischen Risiko auszusetzen.

**Aus der deutschen Kohlenwirtschaft.** Die agrarische Presse ruft wieder einmal besonders dringend nach Verstaatlichung des Kohlenbergbaus. Sie begründet dieses Verlangen namentlich durch die fortschreitende Vertrüstung der Kohlenindustrie und die dadurch vermeintlich verschärfte Gefahr einer übermäßigen Ausfuhr und Verteuerung dieses für unsre wirtschaftliche Zukunft unentbehrlichsten Hilfsmittels. Wir haben die sehr starke Ausfuhr an Steinkohlen immer als ungesund beklagt und würden eine sie noch weiter forciierende Syndikatspolitik für gemeinschädlich halten. Das nötigt aber noch lange nicht, auf die Verstaatlichung des ganzen Kohlenbergbaus hinzuarbeiten, wenn auch die Erwerbung noch einer beträchtlichen Anzahl von Steinkohlengruben namentlich im rheinisch-westfälischen Bezirk durch den preußischen Fiskus sehr wünschenswert wäre. Die Konsequenzen, die uns den Plan einer Verstaatlichung des gesamten Kohlenbergbaus als vorwitzig erscheinen lassen, können wir jetzt hier nicht darlegen. Daß wir die Steinkohlenausfuhr nicht entbehren können,

daß auch die fiskalischen Gruben sie brauchen, steht für uns auch fest. Nur das Übermaß der Steinkohlenausfuhr scheint uns verhängnisvoll zu sein.

Über die Lage in der jüngsten Vergangenheit belehren uns zunächst folgende Zahlen. Produziert wurden in den 9 Monaten

	Januar-September		Zunahme	
	1903	1902	Tonnen	Prozent
	Tonnen zu 1000 kg			
Steinkohlen . . .	86 062 746	78 593 701	7 469 045	9,5
Braunkohlen . . .	32 776 523	30 681 651	2 094 872	6,8
Koks . . . . .	8 483 601	6 617 703	1 865 898	28,2
Briketts usw. . .	7 570 127	6 620 819	949 308	14,3
In derselben Zeit hatten wir eine				
	Mehrausfuhr			
an Steinkohlen von	7 785 746	6 693 032	1 092 714	16,3
„ Koks „	1 559 001	1 231 192	327 809	26,6
„ Briketts usw. „	568 800	424 997	143 803	33,8
	Mehreinfuhr			
„ Braunkohlen „	5 884 626	5 811 622	73 004	1,3

Von der Produktion an Steinkohlen, auf die es hauptsächlich ankommt, betrug 1903 die Mehrausfuhr 9 Prozent gegen 8,5 Prozent im Jahre 1902. Die Mehrausfuhr hat stärker zugenommen als die Produktion. Noch mehr ist das bei den Koks der Fall gewesen. Von den Braunkohlen und Briketts können wir ganz absehen.

Ein Rückblick bis in die Mitte der neunziger Jahre ermöglicht folgende Zusammenstellung. An Steinkohlen betrug die

	Produktion (in 1000 Tonnen)	Mehrausfuhr	die Mehrausfuhr in Prozent der Produktion
1895	79 169,3	5 243,5	6,8
1896	85 690,2	6 122,0	7,1
1897	91 055,0	6 317,9	6,9
1898	96 309,7	8 168,9	8,5
1899	101 639,8	7 722,7	7,6
1900	109 290,2	7 890,8	7,2
1901	108 539,4	8 968,9	8,3
1902	107 473,9	9 675,5	9,0

Die Produktion in den ersten 9 Monaten von 1903 betrug 86 062 746 Tonnen, während drei Viertel der bisher stärksten Produktion des Jahres 1900 nur 81 967 500 Tonnen ausmachten. Wenn, wie gesagt wird, die Zechen jetzt stark beschäftigt sind, so könnte man für das ganze Jahr 1903 wieder eine Förderung erwarten, die der höchsten bisher erlebten gleichkommt oder sie noch übertrifft. Ebenso wahrscheinlich ist es, daß die Mehrausfuhr des ganzen Jahres 1903 die Mehrausfuhr aller früheren Jahre absolut und im Verhältnis zur Produktion übertreffen wird.

In der Kohlenindustrie tritt das Forcieren der Ausfuhr nach der Krisis übrigens bei weitem nicht so auffallend auf, wie in der Eisenhüttenindustrie. Die Kohlenindustrie hatte eben auch vorher nicht den Export vernachlässigt. Zu erwägen bleibt ferner immer, daß der Eisenhüttenindustrie durch Schutzzölle die Inlandpreise hochgehalten werden, der Kohlenindustrie, wenigstens unmittelbar durch Kohlenzölle, nicht. Im übrigen verweisen wir auf die schon in Heft 45 erwähnte, vom Verein für Sozialpolitik veröffentlichte Arbeit von Dr. Theodor Vogelstein über die rheinisch-westfälische Montan- und Eisenindustrie (Band 106 der Vereinschriften) und den Aufsatz von Dr. Felix Kuh darüber: Die Hüttenindustrie Oberschlesiens, ohne uns mit den Ansichten der Verfasser durchweg einverstanden zu erklären. Wir glauben, daß gerade auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft die weitere und straffere Vertrustung in nicht allzulanger Zeit den Widerstand der breiten Konsumentenmasse in Stadt und Land hervorrufen wird, mögen die Syndikate in Verbindung mit den sie protegierenden Großbanken auch noch so geschickt die kartellierte Großeisenindustrie zu schonen und für sich zu interessieren suchen. Das Volk braucht niedrige Produktionskosten für Landwirtschaft und Gewerbe, also billige Kohlen. Dem arbeitet die Vertrustung entgegen, wenn auch der neomodische Doktrinarismus in der deutschen Nationalökonomie noch so viel Bücher und Broschüren, die das beschönigen und bemänteln, auf den Markt wirft.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig  
Verlag von Fr. Wils. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig